

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Warhol-Bilder

Etikettenpflicht für Kuchen?

Kinderschutz



Liebe Leserinnen und Leser,

seit Wochen tobt in Nordrhein-Westfalen ein Kampf um zwei Bilder des Künstlers Andy Warhols. 26 Museumsdirektoren haben gegen den Plan von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft protestiert, zwei Warhols aus dem Besitz der NRW-Bank-Tochter Westspiel zu verkaufen. Mit dem erwarteten Gewinn von bis zu 100 Millionen Euro sollen die staatliche Spielbank-Gesellschaft saniert und ein paar andere Haushaltslöcher gestopft werden. Soweit die Fakten.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage, warum der Staat defizitäre Casinos betreibt, die jetzt mit dem Verkauf von Kunstwerken saniert werden sollen. Was bedeutet dieser Verkauf? Es ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Landesregierung mit dem Vermögen der Steuerzahler nicht umzugehen weiß. Die Warhol-Bilder gehören zum Kulturschatz des Landes NRW. Es ist katastrophal und zeugt von Geschichts-

und Kulturvergessenheit, wenn das Land sein Tafelsilber verkauft. Es ist eine Frage der Selbstachtung, wie man mit seinem kulturellen Erbe umgeht. Wenn jetzt schon das Tafelsilber des Landes verhökert wird, wissen wir, wie es um NRW bestellt ist. Die DDR verfuhr kurz vor ihrem Untergang nach demselben Prinzip. Frau Kraft wäre besser beraten, wenn sie dazu beitragen würde, dass alle landeseigenen Unternehmen ihre Schätze der Kunstsammlung NRW übergeben würden. Zudem plant das Land den Verkauf weiterer Kunstwerke der Sammlung der ehemaligen Landesbank WestLB, heute Portigon. So et-

was gehört sich nicht. Die Bilder gehören den Bürgerinnen und Bürgern in NRW und sollten deshalb ins Museum. Wenn es Schule macht, dass öffentliche Unternehmen wertvolle Kunstwerke aus ihrem Bestand verkaufen, wäre der nächste Schritt, die verschuldeten kommunalen Haushalte mittels dieser Kunstbestände zu sanieren. Ich will mir gar nicht ausmalen, was für Konsequenzen dies hätte.

Ihre

A. Birkhahn

Astrid Birkhahn



Das Land Nordrhein-Westfalen will zwei Bilder des Künstlers Andy Warhol verkaufen und das Geld in eine marode Spielbank stecken. Dazu eine passende Karikatur des Focus.

Etikettenpflicht für selbstgebackene Kuchen: Minister Remmel sorgt weiter für Unsicherheit bei Ehrenamtlern



Verbietet die Landesregierung in Zukunft selbstgebackene Kuchen oder Muffins öffentlich zu verteilen, wenn es dazu kein Zutatenetikett gibt? (Jens Goetzke/pixelio.de)

„Minister Remmel sorgt mit seinen Null-Aussagen zur Etikettenpflicht für selbstgebackene Kuchen und andere Lebensmittel weiter für Unsicherheit bei Organisatoren von karitativen Veranstaltungen, Ehrenamt Verbänden“, so die Ehrenamtsbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion Astrid Birkhahn.

Der Minister rede weiter um den heißen Brei und bekenne sich nicht klar gegen eine Etikettenpflicht von losen Lebensmitteln bei karitativen Veranstaltungen. „Privatpersonen, die gelegentlich und in kleinen, lokalen Rahmen Speisen servieren oder verkaufen sollen

zwar keine Kennzeichnungsvorschriften auf diese Lebensmittel anwenden müssen. Dies ist aber kein klares Bekenntnis gegen eine Etikettenpflicht von losen Lebensmitteln bei Kita-Festen oder Schulfesten. Ich erwarte hier eine klare Erklärung des Verbraucherschutzministers, dass ehrenamtlich engagierte Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft keinen Mehraufwand zu erwarten haben“, so Birkhahn.

Hintergrund ist die Einführung der neuen Lebensmittelinformationsverordnung (LMIV) der Europäischen Union. Die Verordnung soll am 13. Dezember 2014 in Kraft treten und schreibt vor, dass zukünftig nicht nur bei verpackten, sondern auch losen Lebensmitteln Angaben über enthaltene Allergene gemacht werden müssen. Ausgewiesen werden müssen alle Inhaltsstoffe, die allergische Reaktionen hervorrufen können. Jedes Bundesland ist für die Ausgestaltung der Verordnung selbst verantwortlich. Den Anstoß zur öffentlichen Debatte gaben zwei Kleine Anfragen der CDU-Landtagsabgeordneten.

Die Kleinen Anfragen müssen generell innerhalb von vier Wochen von der Landesregierung beantwortet werden. Eine Antwort der Landesregierung steht noch aus. Die Kleinen Anfragen von Astrid Birkhahn finden Sie auf der Homepage: www.astrid-birkhahn.de. Die Antwort der der Landesregierung steht noch aus.

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Die CDU-Landtagsfraktion würdigt in einem Antrag das ehrenamtliche und soziale Engagement aller, die sich in NRW für die Betreuung von Flüchtlingen einsetzen: Die Kirchen und Religionsgemeinschaften, die Hilfsorganisa-



tionen und Verbände, die öffentliche Hand und private Initiativen. In diesem Kontext möchte die CDU muslimische Organisationen stärker für die Bewältigung der Herausforderungen bei der Flüchtlingsbetreuung einbeziehen. Auf Antrag der CDU sollen die BAföG-Mittel, die durch die Kostenübernahme des Bundes jetzt beim Land verbleiben, für zusätzliche Qualitätsverbesserungen in Schule und Hochschule investiert werden. Zudem fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag, dass die Landesregierung den Unterrichtsausfall und den fachfremden Unterricht an den Berufskollegs endlich erhebt. Zudem schlägt sie ein Konzept vor, dass es Quereinsteigern ohne Hochschulabschluss so schnell wie möglich erlaubt, Unterricht vor allem in den technischen Mängelfächern zu erteilen. Alles rund um die Plenarwoche finden Sie auch unter: www.landtag.nrw.de

Weitere Steuererhöhung für Häuslebauer zeigt: Rot-grüne Finanzpolitik ist unsozial und ungerecht

Nur drei Jahre nach der letzten Erhöhung haben die Abgeordneten von SPD und Grünen einen Gesetzentwurf zur weiteren Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 6,5 Prozent im Düsseldorfer Landtag vorgelegt. „Dieser Wortbruch reiht sich ein in eine lange Kette und zeigt: Die Haushalts- und Finanzpolitik der Landesregierung ist am Ende. Mit dieser Erhöhung liegt Nordrhein-Westfalen mit Schleswig-Holstein zukünftig an der Spitze im Bundesländervergleich“, stellt Astrid Birkhahn fest.

„Gerade junge Familien, die Eigentum bilden und erwerben wollen, sind damit die Leidtragenden der gescheiterten Finanzpolitik von SPD und Grünen in Nordrhein-Westfalen“, kritisiert Birkhahn. „Wer beispielsweise für 250.000 Euro im Kreis Gütersloh ein Haus gekauft hat, musste bislang 12.500 Euro Grunderwerbsteuer an den Staat zahlen. Künftig fallen jetzt 16.250 Euro Steuern an. Das ist zutiefst unsozial und ungerecht. Aber nicht nur Grundstückskäufer fallen der Steuer zum Opfer. Vermieter werden die zusätzlichen Kosten auf die Mieter umlegen.“

Bis zur Regierungsübernahme durch Rot-Grün in 2010 lag die Grunderwerbsteuer noch bei 3,5 Prozent. Birkhahn: „Damit hat sich die Grunderwerbsteuer für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün fast verdoppelt. Die Landesregierung kann die selbst verursachten Haushaltslöcher offenbar nur noch durch Steuererhöhungen stopfen. An Sparen denkt bei Rot-Grün niemand – und das in Zeiten höchster Steuereinnahmen.“

Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Bereiche Familie, Sozial- und Gesundheitswesen in NRW

Gegenstand der aktuellen Sitzung der Enquetekommission „Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen“ waren am 30. Oktober 2014 die Entwicklungen in den Bereichen Familie, Gesundheit- und Sozialwesens in NRW bis zum Jahr 2030. Aufgrund der immer älter werdenden Bevölkerungsstruktur hat dieses weitgefächerte Themengebiet einen besonders nachhaltigen Einfluss auf die Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in NRW. Um sich ein möglichst umfassendes Meinungsbild zu schaffen, hat die Enquetekommission ins-gesamt elf Institute und Sachverständige gebeten, hierzu ihre Stellungnahmen abzugeben. Hiervon haben sechs Institute und Sachverständige deren Einschätzungen vor der Enquetekommission vorgetragen und mit den Mitgliedern der Kommission über ihre Prognosen und Handlungsempfehlungen beraten.

„Bezüglich der Bereiche Familie, Gesundheits- und Sozialwesen gibt es einen starken Zusammenhang mit dem demografischen Wandel, der für die zukünftigen politischen Weichenstellungen von besonderer Bedeutung ist. Ziel sollte es daher sein, bereits jetzt Maßnahmen und Konzepte zu entwickeln, um die absehbaren Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte in NRW bestmöglich zu gestalten“, so die Vorsitzende Astrid Birkhahn.

Die Enquetekommissionen sind vom Landesparlament eingesetzte Gremien, in denen alle im Landtag vertretene Fraktionen sowie Sachverständige zusammenarbeiten.

Welche Barrierefreiheit herrscht in den einzelnen Landesministerien in NRW?

Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention –kurz BRK) dient der Umsetzung und dem Schutz von Menschenrechten. Die Konvention ist am 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getreten. Konkret heißt dies, dass Deutschland dazu verpflichtet ist Menschen mit Behinderung eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Diese Aufgabe umfasst alle Lebensbereiche. In diesem Zusammenhang kommt der umfassenden Barrierefreiheit eine herausgehobene

Stellung zu. Die Landesregierung in NRW hat sich selbst dazu verpflichtet diese Barrierefreiheit für ihre eigenen Angestellten in den einzelnen Landesministerien zu schaffen. [In diesem Zusammenhang möchte die Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn in einer Kleinen Anfrage wissen, inwieweit die Landesregierung der Selbstverpflichtung nachkommt und in welcher Form Schwerbehindertenvertretungen in die Vorhaben integriert werden.](#) Die Antwort der Landesregierung steht noch aus.

SPD und Grüne lassen Frist für verbesserten Kinderschutz ungenutzt verstreichen



Die CDU setzt sich für einen interkollegialen Austausch von Ärzten ein, wenn es den Verdacht der Kindesmisshandlung gibt (Bild: S.v.Gehren / pixelio.de)

Die CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen wirbt im Landtag dafür, dass sich Ärzte bei Verdacht auf Kindesmisshandlung interkollegial austauschen können. „Wenn Minderjährige bei Kinder- und Jugendärzten, Hausärzten oder in Krankenhäusern zur Behandlung vorgestellt werden, ist es für den jeweiligen Arzt oft nicht klar, ob tatsächlich die Diagnose einer Kindesmisshandlung vorliegt. Derzeit ist es den betroffenen Ärzten grundsätzlich nicht gestattet, sich ohne Einverständnis der Erziehungsberechtigten und damit möglicherweise der Täter über ihre Befunde und Verdachtsdiagnosen von Kindesmisshandlung interkollegial auszutauschen“, erklärte die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn.

Ärzte, die derzeit bei Verdacht auf Kindesmisshandlung trotzdem den Austausch mit anderen Ärzten suchen, machen sich damit grundsätzlich strafbar. Diese rechtliche Unsicherheit will die CDU zum Schutz von Kindern beendet wissen.

„Wir müssen Ärzten, die Kinder behandeln, einen Informationsaustausch ermöglichen, wie er bei allen übrigen Diagnosen üblich ist. Seit eineinhalb Jahren stehen SPD und Bündnis 90/Die Grünen hier auf der Bremse und haben schon zum zweiten Mal einen entsprechenden Vorstoß verweigert, der zu mehr Kinderschutz im Land führt. Obwohl man bis zum Ende Oktober einen Kompromiss vorlegen wollte, gibt es keinen Vorschlag und keine Rückmeldung. Die Haltung von SPD und Grünen zu diesem Thema, ist an Peinlichkeit nicht mehr zu überbieten“, so Birkhahn „Der Gesetzentwurf von CDU, FDP und PIRATEN war ein kleiner Baustein für mehr Kinderschutz im Land, der am Ende Leben retten kann“, so Birkhahn. SPD und Grüne haben den Gesetzentwurf abgelehnt und lassen - entgegen dem eigenen Versprechen - Kinder zurück.

Gestalten Sie die Zukunft der NRW-CDU mit

Die CDU Nordrhein-Westfalen arbeitet unter Beteiligung zahlreicher Akteure weiter an ihrem Grundsatzprogramm. Der Prozess ist bewusst offen gestaltet. Nutzen Sie Ihre Chance und arbeiten Sie aktiv am Grundsatzprogrammprozess mit. Ihre Ideen, Vorstellungen und Gedanken sind die Grundlage für ein modernes und zukunftsweisendes Programm. Sie haben die Möglichkeit, das Grundsatzprogramm, unter anderem über [CDUplus](#), mitzugestalten – dazu laden wir Sie herzlich ein!

CDU-Mitglieder können sich mit ihrer Mitgliedsnummer in CDUplus anmelden und finden unter Landesverband/Grundsatzprogramm die vorliegenden Textentwürfe. Zu jedem Kapitel des Grundsatzprogramms gibt es dort ein „CDU-Pad“ (Etherpad). Das CDU-Pad ist ein webbasierter Editor (ähnlich dem Programm Word), über den gemeinschaftlich Texte erstellt und bearbeitet werden können. Diese Funktion ermöglicht es jedem CDU-Mitglied, in Echtzeit am Grundsatzprogramm mitzuarbeiten. Alle Änderungen sind sofort jedem anderen CDUplus-Nutzer sichtbar.

Auf dem Abschlusskongress im Frühjahr 2015 werden wir alle Punkte des Programmentwurfs breit diskutieren und überarbeiten. Der Abschlusskongress ist für alle Mitglieder offen. Im Anschluss wird die Landesgeschäftsstelle den Programmentwurf als Leitantrag für den 37. Landesparteitag der CDU Nordrhein-Westfalen vorbereiten. Der Leitantrag wird anschließend das Antragsverfahren durchlaufen. Beginn des Verfahrens ist zwei Monate vor dem Parteitag. Es wird wieder die Möglichkeit der Online-Mitwirkung geben. Das Grundsatzprogramm wird auf dem 37. Landesparteitag der NRW-CDU am 13. Juni 2015 diskutiert und beschlossen.

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de